

**EUROPÄISCHER BRIEF VOM
19.10.2006**

von Dr. Otto von Habsburg

Südosteuropa statt Westbalkan

LETTRE EUROPÉENNE DU 19.10.2006

par Otto de Habsburg

L'Europe du Sud-Est au lieu des Balkans de l'Ouest

**EUROPEAN LETTER OF THE
19.10.2006**

by Otto von Habsburg

Southeastern Europe instead of Western Balkans

COUDENHOVE-KALERGI



FONDATION STIFTUNG FOUNDATION

ASSURER LE PROJET EUROPE - DAS PROJEKT EUROPA SICHERN - GUARENTEE THE PROECT EUROPE

Die "Europäischen Briefe" werden von der Coudenhove-Kalergi-Stiftung herausgegeben, die in Erinnerung an den Gründer der Paneuropa-Bewegung geschaffen worden ist. Sie erscheinen fallweise mit Beiträgen engagierter Europäer und Europäerinnen, die in Sorge um die Zukunft des Projektes Europa alles versuchen möchten, um dessen erfolgreiche Weiterentwicklung zu sichern. In einem offenen, konstruktiv-kritischen Dialog sollen die Hoffnungen und Chancen, die Zielsetzungen und Institutionen eines in vielgestaltiger Einheit verbundenen Kontinents in den Hirnen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger Europas immer fester verankert werden.

Richard Coudenhove-Kalergi, Sohn eines Diplomaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und seiner japanischen Frau, hat bald nach Ende des Ersten Weltkriegs als Gegengewicht zu den totalitären Versuchungen von Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus die Idee eines vereinten Europas entwickelt, 1923 die Paneuropa-Union gegründet und mit seinen Initiativen maßgeblich zur Schaffung des Europa-Rates 1949 beigetragen. Heute ist die Europäische Union die politische und wirtschaftliche Verwirklichung des europäischen Friedensprojektes, das in einer Welt neuer Herausforderungen und Bedrohungen mit den Anstrengungen der Besten unseres Kontinents weiter entfaltet und vertieft werden muss. Nichts und niemand soll eine erfolgreiche Fortführung dieses Werkes ernsthaft gefährden dürfen.

Die 1978 mit dem Sitz in Genf gegründete Coudenhove-Kalergi-Stiftung will durch Publikationen, Studienprojekte und Förderungspreise einen Beitrag zur Sicherung dieses Vorhabens leisten.

***Dr. Alois Mock, Vizekanzler und Außenminister a.D.
Präsident der Coudenhove-Kalergi Stiftung***

Südosteuropa statt Westbalkan

von Dr. Otto von Habsburg, Internationaler Ehrenpräsident der Paneuropa Union

Seit 3. Oktober 2005 verhandelt die Europäische Union mit Kroatien über den Beitritt. Makedonien hat den Beitrittskandidatenstatus bekommen. Bosnien-Herzegowina bleibt durch das Visa-Regime der EU-Staaten weiter in eine zweite Reihe gedrängt. Hat die EU eine Strategie für die Region Südosteuropa? Oder sind es die einzelnen Mitgliedsstaaten, die versuchen ihre „Strategien“ umzusetzen? Nach wie vor geistert die alte Jugo-Idee herum. Aber viel weniger in Belgrad als manchen Kanzleien im Westen Europas.

Jahrelang hat man Kroatien unter dem falschen Vorwand, es arbeite nicht mit dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal ICTY in Den Haag zusammen und verstecke oder schütze angebliche Kriegsverbrecher, von den Verhandlungen mit der EU ferngehalten. Spätestens mit der Festnahme von General Ante Gotovina in Spanien war klar, dass sowohl die Chefanklägerin des ICTY Carla del Ponte – sie hatte sich in den vergangenen Jahren mehrmals durch antikroatische Ausfälle „hervorgetan“ – als auch hochrangige EU-Politiker entweder der Desinformation aufgefressen sind oder ihre Ursache waren.

In der gleichen Zeit wurde der Propaganda-Begriff „Westbalkan“ kreiert. Erfunden hat diesen Begriff ein deutscher Bürokrat. Dieser Mensch wurde allerdings wegen fortgesetzten Hassausbrüchen gegen Kroatien glücklicherweise von seiner Stelle entfernt. Er wurde aber, wie es in Bürokratien normal ist, kurz darauf auf einen höheren Posten berufen. Heute ist dieses Wort, das eine Diskriminierung Kroatiens und anderer Staaten darstellt, ein offizieller Begriff im Europäischen Rat und umfasst

in dieser Diktion alle Staaten des früheren Jugoslawiens ohne Slowenien (das bereits das Glück hatte, in die EU zu kommen), und Albanien.

Allein ein Blick auf die Karte zeigt die Absurdität des Wortes „Westbalkan“ für Kroatien. Man sollte fortan Frankreich die „Nordpyrenäen“ und Deutschland „Westkarpaten“ nennen. Die Art, die geografische Unkenntnis in höheren politischen Kreisen zu verwenden, um damit Politik zu machen, hat zum gegenwärtigen Chaos geführt. Leider geht dieser Unfug weiter. Es besteht daher ausgesprochen die Gefahr, durch eine gezielte Verfälschung der Geografie eine politische Verzerrung nach Europa zu bringen, die in Zukunft noch sehr viele Schwierigkeiten und Gefahren bringen könnte.

Es ist daher für jene geboten, die ernstlich ein Europa suchen, das nicht nur wirtschaftlichen Interessen dienen soll, sondern tatsächlich eine Sicherheitsgemeinschaft bildet und damit eine würdige Zukunft ohne betrügerischen Etikettenschwindel sucht, energisch dagegen anzutreten. Es wäre eine würdige Aufgabe der Europäischen Union.

Wie falsch die Vorgangsweise gegenüber Kroatien war haben die jüngsten Ereignisse in Serbien gezeigt. Manche Politiker erlagen ja tatsächlich dem Glauben, wenn man Kroatien unter Druck setzen würde und wenn alle angeblichen Kriegsverbrecher aus Kroatien ausgeliefert seien, würde auch Serbien zum Handeln gezwungen. Wer die Region und die Mentalität, die Hintergründe und Fakten kennt, wusste von vornherein, dass eine solche Taktik keinen Erfolg haben würde. Slobodan Milosevic, der die gesamten Kriege in Südosteuropa nach der erfolgten Auflösung von Jugoslawien mit seinem großserbischen Traum ausgelöst hatte, wurde nicht deshalb gestürzt, weil er den Krieg geführt hatte, sondern weil er ihn verloren hatte.

Für die Europäische Union bedeutet dies, dass es nun darum geht, zwischen Tätern und Opfern einen klaren Unterschied zu machen. Auch wenn die Köpfe ausgetauscht wurden, sind die alten Strukturen in Belgrad nach wie vor an der Macht, ist das Land von einem demokratischen System noch weit entfernt. Demgegenüber ist Kroatien ein Land mit einer entwickelten Demokratie, in dem Regierungswechsel ohne weitere Probleme über die Bühne gehen.

Meint es die Europäische Union mit der Integration Südosteuropas in die Europäische Union tatsächlich ernst, dann wäre die erste zu treffende Maßnahme die Herstellung der Visa-Freiheit für diese Länder. Allein in Bosnien-Herzegowina wurden im Jahr 2005 insgesamt 25 Millionen Euro für Visa ausgegeben. Man stelle sich einmal vor, wie viele Familienhäuser man damit in dem Land restaurieren könnte? Hinter dem ganzen Visa-Regime steht eine gigantische und teure Bürokratie, die durch die Visa-Gebühren keinesfalls finanziert werden kann. Gott sei Dank haben sich bis jetzt jene, die eine weitere Erhöhung der Visa-Gebühren verlangen, nicht durchgesetzt, dies würde nur einen weiteren Spalt zwischen EU-Europa und Noch-Nicht-EU-Europa bringen.

Bei näheren Gesprächen vor Ort mit den zuständigen Sachbearbeitern erfährt man übrigens, dass die Visa-Politik keineswegs jene Rechtfertigung bringt, die von Politikern gerne vorgebracht wird. Denn die Kriminaltouristen stellen sich nicht stundenlang in den Konsulaten an.

Weiters muß die Europäische Union in Südosteuropa das Recht auf Selbstbestimmung endlich anerkennen. Das betrifft das Recht der Kosovaren auf ihre

Eigenständigkeit genauso wie das Recht der Montenegriner auf ihren eigenen Staat. Die Angst des spanischen Politikers Javier Solana auf dem Posten des EU-Außenministers, ein selbstständiges Montenegro würde Sezessionsbestrebungen im Baskenland fördern, lässt sich mit einem kurzen Blick in die Geschichte beseitigen.

Und: In der Europäischen Union muß endlich das Prinzip anerkannt werden, dass jeder europäische Staat ein grundsätzliches Recht – selbstverständlich unter Einhaltung gegebenen Regeln – auf Mitgliedschaft in der EU hat. Jedes Land – und hier insbesondere in Südosteuropa – muß dabei nach seinen eigenen Fortschritten behandelt werden.

LETTRE EUROPÉENNE DE LA FCK - FONDATION COUDENHOVE-KALERGI

Les "Lettres Européennes" sont éditées par la Fondation Coudenhove-Kalergi qui a été constituée en mémoire du fondateur du Mouvement paneuropéen. Elles comportent le cas échéant les contributions d'Européennes et d'Européens engagés qui, soucieux de l'avenir du projet européen, souhaitent mettre tout en œuvre afin de consolider avec succès son développement ultérieur. C'est à travers un dialogue ouvert, à la fois critique et constructif, que les espérances et les chances, les buts et les institutions d'un continent dont l'unité résulte de sa diversité devraient s'ancrer toujours plus fortement dans l'esprit et le cœur des citoyennes et des citoyens de l'Europe.

Richard Coudenhove-Kalergi, fils d'un diplomate de la monarchie austro-hongroise et de son épouse Japonaise, a développé dès la fin de la première guerre mondiale le projet d'une Europe unie comme contrepoids aux tentatives totalitaires du fascisme, du national-socialisme et du communisme. Il a créé l'Union paneuropéenne en 1923 et ses initiatives ont contribué de manière déterminante à la constitution du Conseil de l'Europe en 1949. Aujourd'hui, l'Union européenne est la concrétisation politique et économique du projet de paix européen. Dans un monde où se profilent de nouvelles provocations et de nouvelles menaces, ce projet doit être davantage développé et approfondi grâce aux efforts des élites de notre continent. Rien ni personne ne doit pouvoir sérieusement mettre en danger la poursuite de cette œuvre couronnée de succès.

La Fondation Coudenhove-Kalergi, créée en 1978 et dont le siège est à Genève, veut contribuer à la consolidation de ce dessein au moyen de publications, de projets d'études et par la remise de prix.

***Dr. Alois Mock, Vice-Chancelier et ancien Ministre des Affaires étrangères.
Président de la Fondation Coudenhove-Kalergi***

L'Europe du Sud-Est au lieu des Balkans de l'Ouest

par Otto de Habsbourg, Président d'honneur de l'Union Paneuropéenne

Depuis le 3 octobre 2005, l'Union européenne est en négociations avec la Croatie au sujet de son adhésion. La Macédoine s'est déjà vu reconnaître le statut de pays candidat à l'adhésion. La Bosnie-Herzégovine est confinée au 2^{ème} rang en raison du système des visas imposé par les Etats membres de l'UE. L'UE a-t-elle une stratégie pour la région du Sud-Est européen ? Ou chaque Etat membre essaie-t-il d'imposer sa propre « stratégie » ? La vieille idée yougoslave réapparaît à nouveau ça et là, mais bien moins à Belgrade que dans maintes chancelleries d'Europe occidentale.

Pendant des années, la Croatie a été tenue à l'écart de la table des négociations de l'UE sous le prétexte erroné qu'elle ne collaborait pas avec le Tribunal international contre les crimes de guerre en Yougoslavie (ICTY) de La Haye et qu'elle cachait ou protégeait des criminels de guerre. Il s'est cependant avéré, au plus tard au moment de l'arrestation du Général Ante Gotovina en Espagne, qu'aussi bien la Procureure générale de l'ICTY Carla del Ponte – qui s'était d'ailleurs illustrée à plusieurs reprises par le passé pour ses positions anti-croates – que des hommes politiques de haut rang de l'UE avaient enfourché le cheval de bataille de la désinformation ou avaient été à son origine.

A la même époque a été créé le concept de propagande de « Balkans de l'Ouest ». C'est un bureaucrate allemand qui l'a inventé. Cet individu a été fort heureusement démis de ses fonctions pour ses continuelles déclarations haineuses à l'encontre de la Croatie. Mais, comme c'est le cas normalement dans la bureaucratie, il a été appelé à de plus hautes fonctions peu de temps plus tard. Cette locution, qui

emporte une discrimination de la Croatie et d'autres Etats, est aujourd'hui un terme officiel du Conseil européen et englobe tous les Etats de l'ex-Yougoslavie à l'exclusion de la Slovénie (qui a déjà eu la chance d'adhérer à l'UE) et de l'Albanie.

Un simple coup d'œil sur la carte suffit pour comprendre l'absurdité de la locution « Balkans de l'Ouest » pour la Croatie. On pourrait tout aussi bien parler des Pyrénées du Nord pour la France et des Carpates de l'Ouest pour l'Allemagne ! Ce sont l'art et la manière d'exploiter la méconnaissance géographique dans les hautes sphères politiques pour en faire ensuite la politique qui ont conduit au chaos actuel. Et cette aberration n'est pas prête de s'arrêter. C'est pourquoi le danger subsiste que par une falsification ciblée de la géographie on introduise en Europe une vision politique déformée qui pourrait apporter à l'avenir encore de nombreuses difficultés voire des dangers.

Il importe donc que tous ceux qui veulent sérieusement une Europe qui ne sert pas uniquement des intérêts économiques mais qui forme véritablement une communauté de sécurité et recherche ainsi un avenir digne sans boniments protocolaires trompeurs s'engagent fermement à lutter contre cette dérive. Ce serait une tâche méritoire de l'Union européenne.

Que le processus suivi pour la Croatie ait été erroné est démontré par les récentes réalisations en Serbie. Beaucoup de personnalités politiques ont véritablement cru que si l'on mettait la Croatie sous pression et que tous les criminels de guerre présumés étaient extradés de Croatie, alors la Serbie aussi serait contrainte de négocier. Celui qui connaît la région et les mentalités, les antécédents et les faits sait pertinemment qu'une telle tactique ne pouvait pas être couronnée de succès. Slobodan Milosevic, qui avec son rêve de Grande Serbie a déclenché toutes les guerres du Sud-Est européen depuis la dissolution de la Yougoslavie, n'est pas tombé parce qu'il a mené la guerre mais parce qu'il l'a perdue.

Pour l'Union européenne, cela signifie qu'elle doit à présent établir une distinction claire entre les acteurs et les victimes. Même si les têtes ont changé, les anciennes structures sont toujours présentes à Belgrade et le pays est encore très éloigné du système démocratique. Par opposition, la Croatie est un Etat à la démocratie développée, dans lequel les changements de gouvernement s'opèrent sans problèmes majeurs.

Si l'Union européenne est sérieuse en parlant d'intégration des Etats du Sud-Est européen au sein de l'Union européenne, la première démarche marquante qu'elle devrait entreprendre serait l'établissement de la liberté de visa pour ces pays. Rien que pour la Bosnie-Herzégovine, ce sont 25 millions d'Euro qui ont été dépensés pour des visas pour la seule année 2005. Peut-on imaginer combien de maisons familiales on aurait pu restaurer dans le pays avec cette somme ? Derrière ce système de visas se cache une gigantesque et chère bureaucratie qui ne peut en aucune manière être financée par les redevances des visas. Dieu merci, ceux qui souhaitent une hausse du coût des visas n'ont pas encore réussi à s'imposer jusqu'à présent, on irait de la sorte vers une scission encore plus grande entre l'Europe-UE et l'Europe-pas-encore-UE.

En discutant de manière plus approfondie avec des personnes compétentes, on apprend d'ailleurs que la politique des visas ne se justifie nullement juridiquement comme veulent le faire croire certains politiciens, car ce ne sont pas les touristes criminels qui font la queue pendant des heures dans les consulats.

D'autre part, l'Union européenne doit finalement reconnaître le droit à l'autodétermination dans le Sud-Est européen. Cela concerne aussi bien le droit des Kosovars à l'autonomie que celui des Monténégrins à disposer de leur propre Etat. Un rapide coup d'œil à l'histoire permet d'écarter la crainte de l'homme politique espagnol Javier Solana, le ministre des affaires étrangères de l'UE, que l'autonomie du Monténégro entraînerait des vellétés sécessionnistes au Pays basque.

Enfin, au sein de l'Union européenne doit finalement être reconnu le principe selon lequel chaque Etat européen l'UE – bien entendu à la condition d'observer certaines règles - dispose du droit fondamental d'être membre de. Chaque Etat – en particulier dans le Sud-Est européen – doit être traité selon les propres progrès qu'il accomplit.

EUROPEAN LETTERS OF THE CKF – COUDENHOVE-KALERGI FOUNDATION

The "European Letters" are published by the Coudenhove-Kalergi Foundation, which was established in memory of the founder of the Paneuropa movement. They appear on an ad hoc basis with contributions written by dedicated Europeans who are committed to ensuring the successful future development of the European project. The hopes and opportunities, the goals and institutions of a continent united in its diversity shall be increasingly anchored in the minds and hearts of the European citizens by an open, constructively critical dialogue.

Richard Coudenhove-Kalergi, son of a diplomat of the Austro-Hungarian Monarchy and his Japanese wife, developed soon after World War I the idea of a united Europe as a counterbalance to the totalitarian temptations of fascism, National Socialism and communism. He founded the Paneuropa-Union in 1923 and contributed decisively to the founding of the Council of Europe in 1949. Today the political and economic realisation of the European peace project, which needs to be developed and deepened in a world of new challenges and threats through the efforts of the best of our continent, is with the European Union. Nothing and no one shall endanger the successful continuation and development of this project.

The Coudenhove-Kalergi Foundation is dedicated to ensuring the success of this unique project by means of publications, study projects and granting of awards.

Dr. Alois Mock

Former Vice Chancellor and Minister for Foreign Affairs

Southeastern Europe instead of Western Balkans

by Otto von Habsburg, President of honour of the international Paneuropean Union

The European Union has been negotiating with Croatia about her accession since October 3, 2005. Macedonia has been granted the status of accession candidate. Bosnia-Herzegovina remains pushed into the second row by the visa arrangements of the EU countries. Has the European Union a strategy for the region of southeastern Europe? Or is it the individual member states which attempt to implement their own strategies? The idea of the former Yugoslavia still influences people, but much less in Belgrade than in some chancelleries in western Europe.

For years Croatia has been prevented from negotiating with the European Union by the false pretext that Croatia does not cooperate with the International War Crimes Tribunal (ICTY) in the Hague and that it hides or protects alleged war criminals. With the arrest of General Ante Gotovina in Spain it became ultimately clear that both the chief prosecutor of ICTY, Carla del Ponte – known in the past few years for her insulting statements about Croatia – and also high-ranking EU politicians have become victims of disinformation or were its cause.

At the same time the propaganda concept of "Western Balkans" was created. This term was invented by a German bureaucrat. Fortunately this man was removed from his post because of his continuous outbursts of hatred against Croatia. However, as is normal in bureaucracies he was shortly afterwards appointed to a higher position. Today the term "Western Balkans" which implies a discrimination of Croatia and other states, has, in the European Council, become the official designation of all states of the former Yugoslavia without Slovenia (which was lucky enough to become a member of the Union) and Albania.

One glance at the map shows up the absurdity of the term "Western Balkans" for Croatia. Following this logic France should be called "Northern Pyrenees" and Germany "Western Carpathians". This geographical incompetence in higher political circles in policy making has led to the present chaos. Unfortunately this nonsense is still going on. There is, therefore, a real danger that the deliberate distortion of geography may cause a political distortion in Europe which may create many difficulties and dangers in the future.

To oppose such attempts energetically is, therefore, a duty for all those who seriously aim at creating a Europe which does not only serve economic interests but actually forms a society for joint security and achieves a dignified future without fraudulent labels. This would be a worthy objective of the European Union.

The latest events in Serbia have shown how wrong the procedure against Croatia has been. Some politicians actually fell victim to the belief that if Croatia were put under pressure and all alleged war criminals were extradited by Croatia, Serbia, too, would be compelled to act. Whoever is familiar with that region and its mentality, its background and the facts knew in advance that such tactics would not be successful. Slobodan Milosevic, who, with his dream of a Greater Serbia, had unleashed all wars in southeastern Europe after the disintegration of Yugoslavia, was not toppled because he had waged war but because he had lost it.

It is up to the European Union to distinguish clearly between perpetrators and victims. Even though the top officials have been exchanged, the former structures are still in place in Belgrade and the country is far from a democratic system. In contrast, Croatia is a country with a developed democracy in which a change of government can take place without serious problems.

If the European Union seriously intends to bring about the integration of southeastern Europe into the EU, the first measure to be taken would have to be the abolition of the visa requirement for these countries. In 2005, in Bosnia-Herzegovina alone, a total of 25 million euros were spent on visas. One has to imagine how many family homes could have been restored in that country with that money. Behind the entire visa arrangement there is a gigantic and expensive bureaucracy which, however, can in no way be financed by the visa fees. Fortunately those bureaucrats who demand a further increase in the visa fees have not had their way. This would have driven a further wedge between the Europe of the EU and the Europe of the countries not yet members.

In discussions with the relevant officials on the spot, one learns that the present visa policy is in no way justified by the argument which politicians like to advance, namely criminal tourism. Criminal "tourists" do not stand in line for hours in consulates.

Furthermore the European Union must finally recognize the right of self-determination in southeastern Europe. This applies to the right of the Kosovars to their autonomy as well as the right of the Montenegrins to their own state. If the Spanish politician Javier Solana as EU foreign minister is concerned that an independent Montenegro would promote attempts at secession in the Basque country, such fears can be dismissed by a brief glance at history.

And last but not least, the European Union has to recognize the principle that each European state has a fundamental right to EU membership providing it adheres to given rules. Each country, and in this context especially those in southeastern Europe, has to be treated according to its own progress.